

Antrag 4: Politischer Kindergipfel



Antragsteller*in: Stufenteam

Die Diözesankonferenz 2021 möge beschließen:

Im Jahr 2022 einen politischen Kindergipfel stattfinden zu lassen. Im Vorfeld des Gipfels sollen Kinder und Jugendliche zu verschiedenen politischen Themen kindgerecht vorbereitet und informiert werden. Der Gipfel selbst wird eine Veranstaltung mit Politiker*innen aus dem hessischen sowie des Rheinland-Pfälzer Landtag und dem Bundestag sein, um Kindern und Jugendlichen die Vielfalt der Themen und deren Vertreter näher zu bringen.

Bei der Auswahl der Politiker*innen soll darauf geachtet werden, dass diese eine Auswahl der verschiedenen politischen Parteien abbilden. Gleichzeitig müssen die eingeladenen Politiker*innen auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen und keine menschenfeindlichen Positionen vertreten.

Inwiefern Politiker*innen eingeladen werden sollen, die unter Verdacht stehen gegen diese Voraussetzungen zu verstoßen, wird mit politischen Fachreferent*innen und der Diözesanleitung entschieden.

Hierbei sollen die Kinder und Jugendlichen mit den Politiker*innen ins Gespräch kommen. Nachdem die Politiker*innen den Kindern und Jugendlichen ihre politischen Schwerpunkte erklären durften, wird der Hauptaugenmerk darauf liegen, dass Kindern und Jugendliche Fragen stellen können, um ihre Themen ins Gespräch zu bringen.

Für den Kindergipfel wird ein AK „Kindergipfel“ eingerichtet, der die Veranstaltung vorbereitet und in diesem Rahmen organisatorische Festlegungen wie Termin, Ort und Zielgruppe der Teilnehmenden trifft. An der ordentlichen Diözesankonferenz 2022 legt der AK ein Konzept für die Weiterarbeit und Durchführung am Projekt vor.

Ziel des Projektes soll die Befähigung der Teilnehmer*innen sein zu aktuellen politischen Themen eine Meinung zu bilden und gegenüber Erwachsenen artikulieren zu können.

Die Veranstaltung soll in Zusammenarbeit mit dem Stufen-Team durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen 2 Enthaltungen 1 Nein-Stimmen

Antrag 4 wurde mit 27 Ja-Stimmen angenommen.